P2-155: Wirtschaft im Wandel der Zeit

Antragsteller*innen Cylia Ungar & Jonas Runge

Von Zeile 1224 bis 1230:

~~Außerdem haben riesige Unternehmen eine gewaltige Macht auf Politik, die wir mit großer Kritik sehen. RWE beispielsweise ist eng verflochten mit der Landesregierung und der Bezirksregierung. Diese Verflechtung wollen wir beenden. Wir setzen uns daher für eine Unvereinbarkeitsklausel von Aufsichtsratsposten u.a bei RWE und anderen dominierenden Unternehmen und Mandaten, sowie Ämtern in Land und Kommunen ein.~~
Riesige Unternehmen haben eine gewaltige Macht auf die Politik, was wir kritisieren. RWE beispielsweise ist eng verflochten mit der Landesregierung und der Bezirksregierung.
Land, Bund, und Kommunen müssen als hohe Anteilseigner*innen mehr Kontrolle über das operative Geschäft bekommen.
Wir fordern eine direkte Wählbarkeit der Aufsichtsratsposten, welche an politische Entscheidungsträger vergeben werden. Aufsichtsrat Posten dürfen nicht vergütet werden, lediglich Aufwandsentschädigung für Betreuungskosten, Lohnverluste und Reisekosten dürfen gelten gemacht werden.
Zudem fordern wir das Bund, Land und Kommunen Aktien von Unternehmen abzustoßen welche nicht nachhaltig und sozial handeln.

Begründung
Transparente direkte Kontrolle der Entscheidungsträger*innen durch die Bürgerschaft kann eine Alternative darstellen.